

Wirtschaftspolitik in Argentinien: Milei und die „Kettensäge“ als Vorbild für Deutschland?

imreg-Standpunkt, Oktober 2025

Kontakt: Jonas Klawitter, Dr. Cornelius Plaul
Tel. 0351 25593-604 . cornelius.plaul@imreg.de

Abstract

Argentinien, einst eine der wohlhabendsten Nationen, erlebte durch Misswirtschaft, exzessive Staatsausgaben und sozialistische Wirtschaftspolitik einen dramatischen wirtschaftlichen Niedergang. Staatsbankrotte, Hyperinflation, Korruption und ein ineffizienter Staatsapparat untergruben das Vertrauen in die Landeswährung. Javier Milei, ein libertärer Ökonom, trat mit einer radikalen Agenda an, um das Land aus der Krise zu führen. Seit seiner Wahl zum Präsidenten 2023 verfolgt er ein umfassendes Reformprogramm, das den Staatsapparat drastisch – nach dem Symbol der Kettensäge – abbauen und eine markliberale Ordnung etablieren soll. Trotz massiver Proteste und internationaler Skepsis erzielt Milei erste deutliche Erfolge. Er wird zunehmend als Vorbild für marktwirtschaftliche Reformen weltweit angesehen. Die Entwicklung Argentiniens zeigt für Deutschland, dass zögerliche Politik und Reformstau die bestehenden Probleme erheblich verstärken und notwendige Anpassungen später noch schmerzhafter machen.

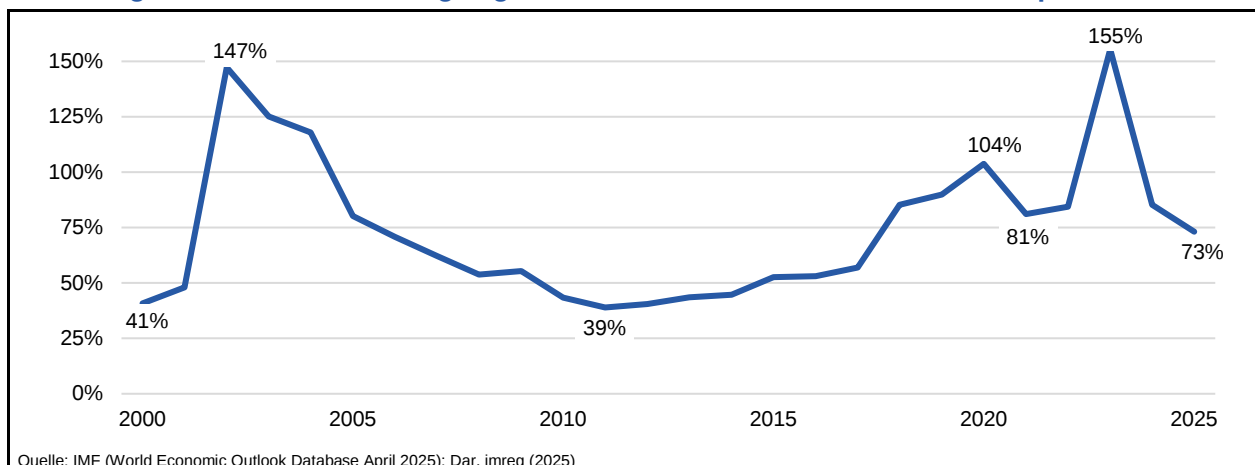
Abriss der Wirtschaftsgeschichte Argentiniens

Nach der Unabhängigkeit von Spanien im Jahr 1816 war das Land zunächst von politischer Instabilität geprägt. In dieser Phase der nachkolonialen Entfaltung begann eine primär agrarisch geprägte „Entwicklung nach Außen“, die den Grundstein für die später dominierende Exportwirtschaft legte. Zwischen 1860 und 1929 erlebte Argentinien seine „goldenen Jahre“: Unter der Vorherrschaft eines liberalen Wirtschaftssystems wuchs das Bruttoinlandsprodukt jährlich um ca. 5%. Das Land wurde zu einem Magneten für europäische Einwanderer, profitierte von fruchtbaren Böden, dem Reichtum natürlicher Ressourcen und einer vergleichsweise gut ausgebildeten Bevölkerung. Auf dieser Basis entwickelte Argentinien insbesondere ein Agrarexportmodell, das die hohen Wachstumsraten generierte.¹ Der Export von Rindfleisch, Getreide und Leder – ab 1900 war Argentinien der weltweit führende Rindfleischexporteur – bildete das Rückgrat des Wohlstands. Britische Investitionen, insbesondere in den Eisenbahnbau, förderten Handel und Infrastruktur. Diese Blütezeit prägte geflügelte Sprichworte wie „Gott ist Argentinier“ oder „reich wie ein Argentinier“.²

Der Einbruch der Weltwirtschaftskrise führte zu einem drastischen Rückgang der Ausfuhren und traf das exportabhängige Modell 1930 empfindlich. Infolge dessen kam es zu sozialen und politischen

Verwerfungen und schließlich zu einem Militärputsch. Die folgenden Jahre bis 1945 waren vom Aufbau einer eigenständigen Industrie gekennzeichnet, welcher durch protektionistische Maßnahmen wie Schutzzölle und staatliche Interventionen gestützt wurde – der Beginn der Importsubstitution. Mit der ersten Präsidentschaft Juan Domingo Peróns (1946–1955) wurde diese Strategie intensiviert. Perón, von vielen als „Held der Arbeiterklasse“ verehrt, stärkte die Gewerkschaften, baute den Sozialstaat aus und setzte auf eine durch Subventionen, hohe Zölle und staatlich gelenkte Kredite geförderte Industrialisierung. Ziel war die Ersetzung importierter Industriegüter durch heimische Produktion. Folgen dieser Politik waren eine zunehmende Isolierung vom Weltmarkt, wachsende Inflationsraten und eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, womit die forcierte Industrialisierung Argentiniens unter Péron insgesamt scheiterte. Die Zeit von 1955 bis 1989 war von politischer Instabilität und ökonomischer Stagnation gekennzeichnet. Militär- und Zivilregierungen wechselten einander ab, während das Grundmuster einer nach innen orientierten, protektionistischen Wirtschaftspolitik fortbestand: hohe Staats- und Auslandsverschuldung, permanente Inflation, Peso-Abwertungen, Zollschranken und Kapitalverkehrskontrollen. In den 1970er und 1980er Jahren kam es zu Hyperinflationsphasen, massiven Verstaatlichungen und gescheiterten Währungsreformen wie der Einführung des Australs 1985. 1989 erreichte die Inflation über 3.000%.³

Abbildung 1: Staatsverschuldung Argentiniens in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

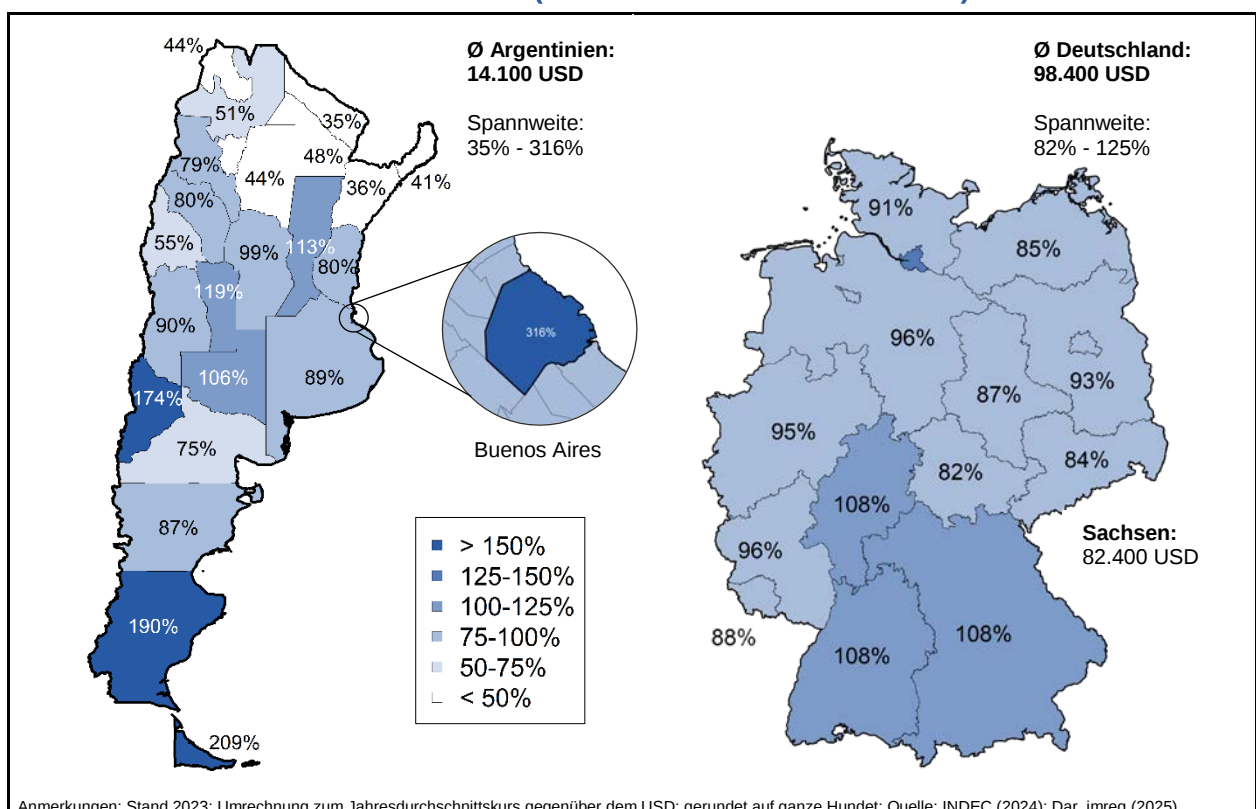


Die 1990er Jahre standen im Zeichen neoliberaler Reformen unter Präsident Carlos Menem. Privatisierungen, Marktöffnung und der sogenannte Convertibility-Plan, der den Peso 1991 im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar koppelte, brachten zunächst Preisstabilität und Kapitalzuflüsse. Doch gegen Ende des Jahrzehnts führten mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, Rezession und steigende Arbeitslosigkeit zur Erosion des Modells. Die Staatspleite 2001/02 markierte einen historischen Tiefpunkt: Wirtschaftskollaps, Massenarmut und politische Turbulenzen mit rasch wechselnden Präsidenten. 2002 erklärte Argentinien den Zahlungsausfall gegenüber seinen Gläubigern und kehrte zu einem flexiblen Wechselkurs zurück. Steigende Rohstoffpreise (v.a. für Soja) lösten in den Folgejahren einen Exportboom aus. Unter Néstor Kirchner (ab 2003) und seiner Ehefrau Cristina Fernández de Kirchner (bis 2011)

folgte eine Phase des Post-Neoliberalismus. Konsolidierung, Sozialprogramme und verstärkte staatliche Eingriffe kennzeichneten diese Jahre. Die Steuereinnahmen stiegen leicht, und 2006 wurden sämtliche Schulden beim IWF vorzeitig zurückgezahlt. Ab 2012 trübte sich das Bild durch Kapitalverkehrsbeschränkungen, sinkende Währungsreserven und anhaltende Ungleichgewichte wieder ein. Präsident Mauricio Macri lockerte ab 2015 Kontrollen und verschuldete sich erneut am internationalen Kapitalmarkt. 2018 stürzte der Peso ab, Argentinien musste wieder IWF-Hilfe in Anspruch nehmen. Die Jahre ab 2020 standen im Zeichen einer Dauerkrise: Die COVID-19-Pandemie verschärfte die Rezession, während die Inflation bis 2023 auf über 100% kletterte. Wiederholte Schuldenverhandlungen und Währungsturbulenzen schwächten das Vertrauen internationaler Investoren weiter.

Argentinien zeichnet sich zudem durch erhebliche regionale Disparitäten aus, die sich v.a. im Vergleich des BIP pro Kopf der Provinzen offenbaren. Während die Metropole Buenos Aires als Handels- und Dienstleistungszentrum eine herausragende Wirtschaftsleistung zeigt (316% relativ zum nationalen BIP je Einwohner) und sich in ihrem Großraum Wohlstand konzentriert, fällt der Norden des Landes mit einer deutlich niedrigeren Wirtschaftsleistung (<50%) auf. Dies resultiert vor allem aus der geringeren Industriedichte sowie den ungünstigeren klimatischen und geografischen Bedingungen im Vergleich zum Süden des Landes (>190%), der u.a. auch stark vom Tourismus geprägt ist.

Abbildung 2: Regionale Disparitäten im Vergleich – BIP je Einwohner in den Provinzen Argentiniens bzw. deutschen Bundesländern (nationaler Durchschnitt = 100%)



Milei – der „Heilsbringer“ zur richtigen Zeit?

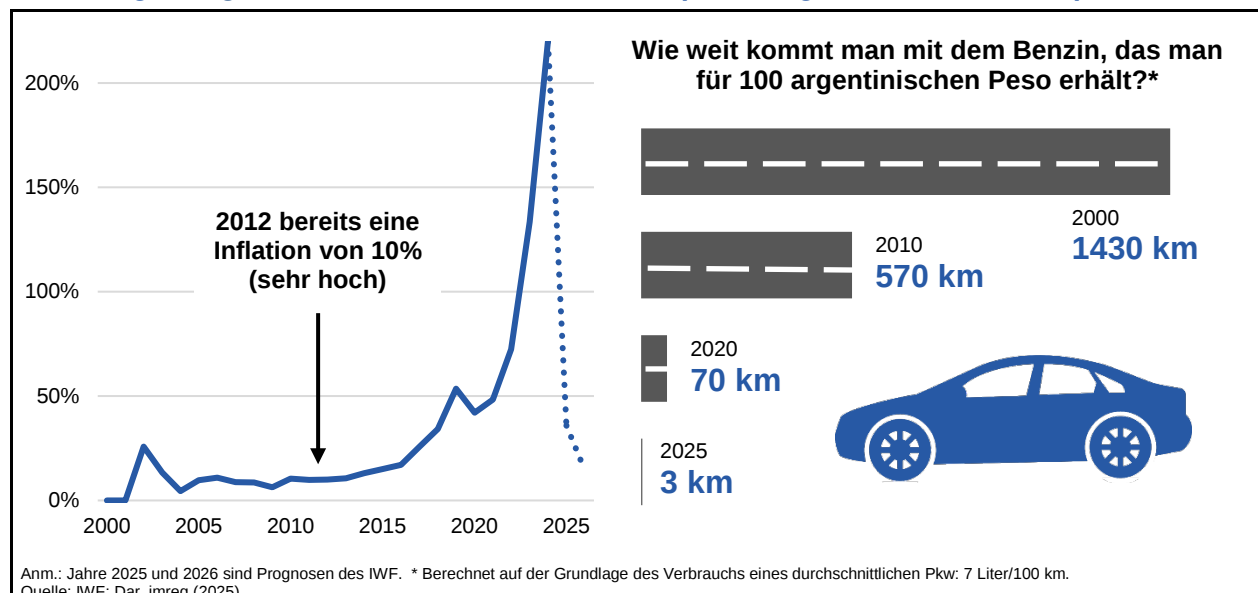
Argentinien galt einst als eine der wohlhabendsten Nationen der Welt, doch jahrzehntelange Misswirtschaft, exzessive Staatsausgaben und eine zunehmend sozialistische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik führten zu einem tiefgreifenden Niedergang. Mehrfache Staatsbankrotte erschütterten das Land, während politische Instabilität, Hyperinflation und eine rapide Geldentwertung das Vertrauen in die Landeswährung untergruben. Eine ausufernde Staatsverschuldung, strukturelle Korruption, Kapitalflucht sowie ein aufgeblähter und ineffizienter Staatsapparat verschärften die Krise zusätzlich. Subventionen und Klientelismus festigten Fehlanreize und trugen zum Anwachsen des informellen Sektors bei. Die extrem hohe Staatsquote hemmte die wirtschaftliche Dynamik und ließ den Einfluss des Staates auf nahezu alle Lebensbereiche überproportional anwachsen.

In diesem Umfeld trat Javier Milei auf den Plan – ein Ökonom mit ausgeprägt libertärem Profil und akademischem Hintergrund in der Volkswirtschaftslehre. Den Ideen der Österreichischen Schule verpflichtet, vertritt er eine Wirtschaftstheorie, die individuelle Freiheit, minimale Staatsintervention und Geldwertstabilität in den Mittelpunkt stellt. Milei betont die Überlegenheit freier Märkte und den Wettbewerb als Motor von Wohlstand, während er staatliche Eingriffe als Quelle von Fehlkoordination und Verschwendung betrachtet. In Sympathie mit dem anarcho-kapitalistischen Gedankengut von Murray Rothbard⁴ befürwortet er eine weitgehende Entstaatlichung und sieht die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen primär in der Verantwortung des Marktes. Seine politische Agenda zielt dementsprechend auf eine radikale Liberalisierung der argentinischen Wirtschaft und die Schaffung einer marktorientierten Ordnung. Zur argentinischen Präsidentschaftswahl im Herbst 2023 trat Milei schließlich als Kandidat des Parteienbündnisses *La Libertad Avanza* („Die Freiheit schreitet voran“) an.⁵ Seit dem 10. Dezember 2023 bekleidet er das Amt des Präsidenten Argentiniens und steht vor der gewaltigen Aufgabe, das Land aus seiner tiefen wirtschaftlichen Krise zu führen. Seine kompromisslosen Reformvorstellungen polarisieren die Gesellschaft: Während er von vielen als Hoffnungsträger gefeiert wird, stößt er bei anderen auf erbitterten Widerstand, der sich in massiven Protesten äußert.⁶

Mileis Wirtschafts- und Finanzpolitik im Fokus

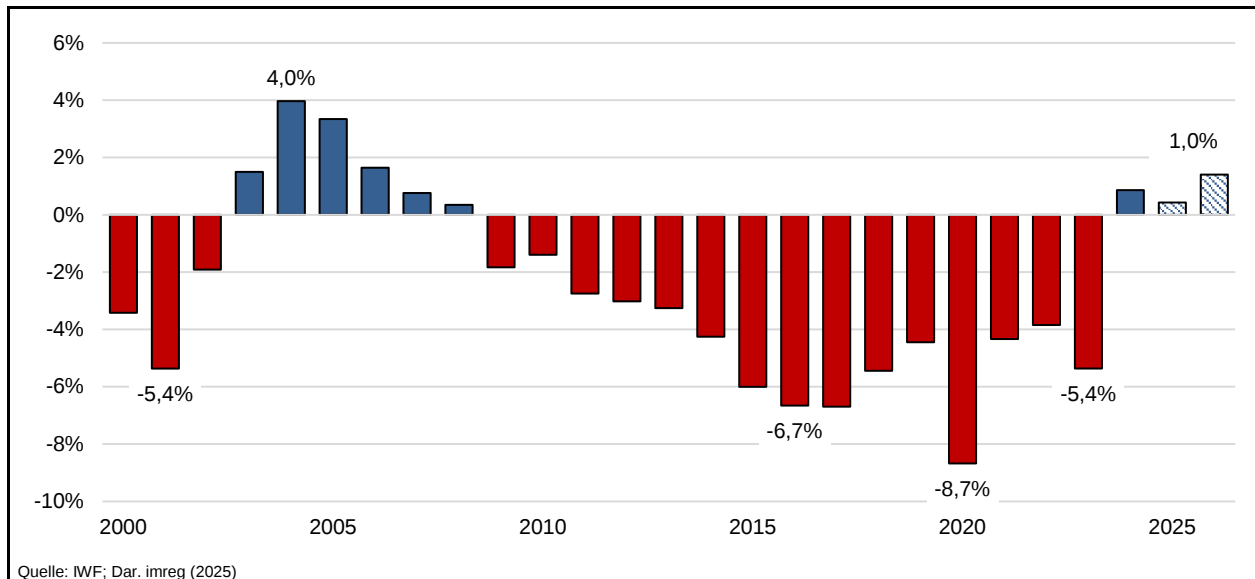
Seit seinem Amtsantritt im Dezember 2023 verfolgt Präsident Javier Milei eine radikale wirtschaftspolitische Agenda. Deren Symbol ist die „Kettensäge“, ein Sinnbild für einen entschlossenen und umfassenden Staatsabbau. Mileis Strategie gliedert sich in drei Phasen: Zunächst wurde mit der „Schocktherapie“ ein abruptes Reform- und Kürzungsprogramm eingeleitet; darauf folgt nun eine Phase der Konsolidierung und Stabilisierung, bevor für die Zukunft ein nachhaltiges Wachstum angestrebt wird. Ziel ist die Transformation Argentiniens zu einem Minimalstaat, in dem marktwirtschaftliche Prinzipien Vorrang vor staatlicher Lenkung haben und Eigenverantwortung an die Stelle staatlicher Fürsorge tritt.⁷ Kern seiner Fiskalpolitik ist die drastische Senkung der Staatsausgaben ohne eine Erhöhung der Steuern. Innerhalb eines Jahres wurden die öffentlichen Ausgaben um rund ein Drittel reduziert, zwischen 30.000 bis 40.000 Stellen wurden im öffentlichen Dienst gestrichen⁸ und die Zahl der Ministerien von 18 auf 9 halbiert⁹, wobei 2024 ein Ressort für Deregulierung und Staatstransformation hinzukam. Auf Deutschland übertragen entspräche dies einer Reduktion der öffentlichen Stellen um ca. 500.000 und damit einer Einsparung von mehr als 25 Mrd. EUR pro Jahr.¹⁰ Subventionen für Strom, Gas, Wasser, Treibstoff und öffentlichen Nahverkehr wurden unter Milei stark gekürzt, ebenso Budgets in Bereichen wie Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. Zahlungen an Beamte, Rentner und Sozialhilfeempfänger wurden nicht vollständig an die Inflation angepasst. In der Folge sank die Inflation von 220% (2024) auf 36% (2025).

Abbildung 3: Argentiniens Inflationsrate seit 2000 (inkl. Prognose für 2026, links)



Erstmals seit 15 Jahren erzielte Argentinien 2024 mit 1,6 Mrd. USD einen Haushaltsüberschuss. Eine weitreichende Steuerreform soll 90% aller Abgaben abschaffen und den Provinzen die Möglichkeit eröffnen, eigene Steuern zu erheben, um steuerlichen Wettbewerb zu fördern.¹¹

Abbildung 4: Argentiniens Haushaltssaldo der letzten 25 Jahre im Verhältnis zum BIP



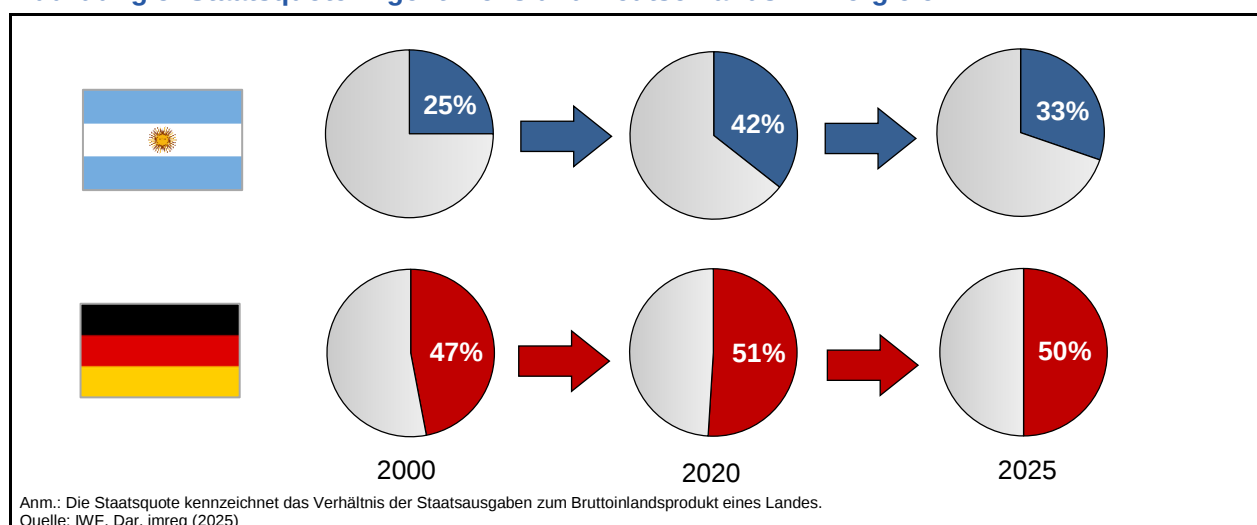
Auch in der Geldpolitik strebt Milei eine tiefgreifende Stabilisierung an. Zwar wurde die angekündigte Dollarisierung bislang nicht vollständig umgesetzt, sie gilt jedoch als zentrales Element seines Wirtschaftsprogramms. Durch eine solche Währungsumstellung, die die eigene Zentralbank entmachten würde, soll das Vertrauen in die Geldwertstabilität dauerhaft gesichert werden. Beispiele aus anderen Ländern wie Ecuador (2000) und El Salvador (2001) zeigen, dass dies ein durchaus erfolgversprechender Schritt sein kann. Geschäftsbanken dürfen nun auch Dollarkredite an Unternehmen vergeben, um den bereits hohen Grad der Dollarisierung im Finanzsektor produktiv zu nutzen. Milei sieht vor, das riesige Dollarvermögen, welches die argentinische Bevölkerung privat hält, die sogenannten „Matratzen-Dollar“, zu kapitalisieren.¹²

Ein zentrales Instrument zur Förderung von Großinvestitionen ist das RIGI-Programm (*Régimen de Incentivo para Grandes Inversiones*), das Vorhaben ab 200 Mio. USD in Sektoren wie Industrie, Energie, Bergbau oder Technologie für drei Jahrzehnte umfassende Steuer-, Zoll-, Devisen- und Regulierungsfreiheit gewährt. Voraussetzung sind substanzielle Anfangsinvestitionen und ein Mindestanteil an lokalen Zulieferungen.¹³

Parallel dazu treibt die Regierung eine umfassende Deregulierung der Binnenmärkte voran. Über 350 gesetzliche Anpassungen in Bereichen wie Miet- und Arbeitsrecht, Renten- und Finanzsystem sollen Effizienz und Wettbewerb steigern. Preiskontrollen wurden aufgehoben, staatliche Unternehmen wie

Aerolíneas Argentinas (Fluggesellschaft) und *Enarsa* (Energieversorger) zur Privatisierung vorgesehen und der Arbeitsmarkt flexibilisiert. Im Außenhandel setzt Milei auf weitgehende Liberalisierung: Zölle wurden für zahlreiche Produkte gesenkt, bürokratische Hürden bei der Zollabfertigung reduziert, Einfuhrgenehmigungen und Exportbeschränkungen für bestimmte Waren aufgehoben. Die schrittweise Beseitigung von Devisen- und Wechselkurskontrollen sowie der fast vollständige Abbau von Kapitalverkehrskontrollen sollen Argentinien in die globalen Kapitalmärkte integrieren und die jahrelange Importsubstitutionspolitik beenden.¹⁴

Abbildung 5: Staatsquote Argentinien und Deutschlands im Vergleich



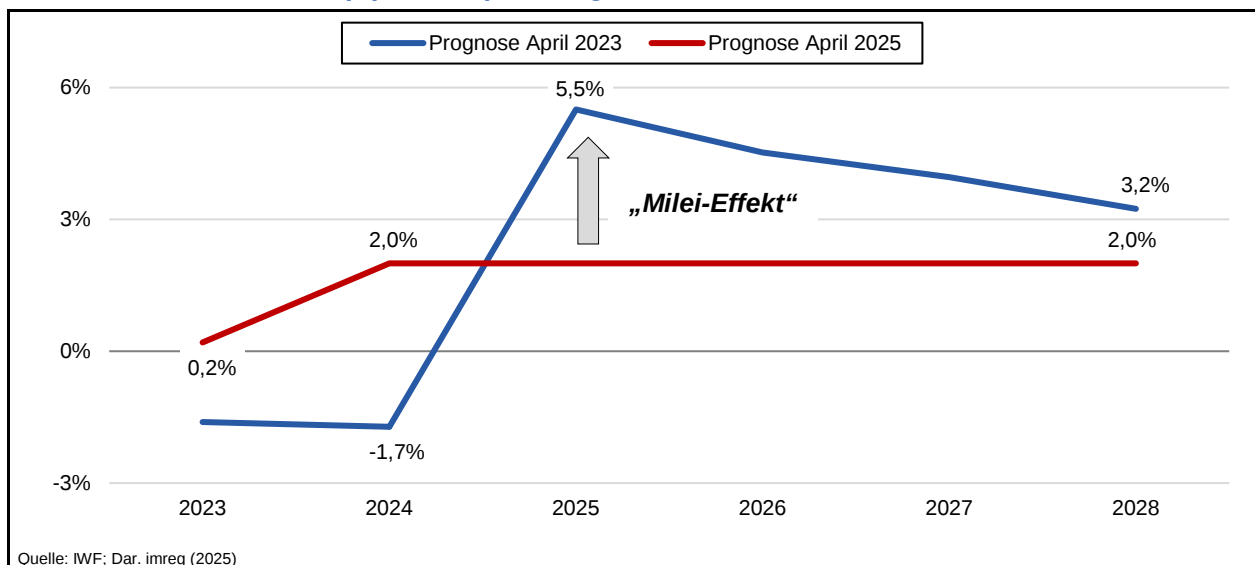
Welche Lehren muss Deutschland ziehen?

Argentinien unter Präsident Javier Milei zeigt, dass selbst radikale wirtschaftspolitische Reformen gegen erheblichen Widerstand möglich sind – und wie tiefgreifend sie ein Land verändern können. Zu Beginn seiner Amtszeit sah sich Milei sowohl im Inland mit massiven Protesten als auch international mit Skepsis gegenüber seinen Plänen konfrontiert. Trotz schmerzhafter Einschnitte, darunter drastische Kürzungen im Staatsapparat und die Abkehr von einer expansiven Geldpolitik, blieb ihm jedoch die Unterstützung einer Bevölkerungsmehrheit erhalten.

Die wirtschaftliche Bilanz ist ambivalent, aber in wesentlichen Punkten positiv: 2024 gelang erstmals seit anderthalb Jahrzehnten ein ausgeglichener Staatshaushalt, die Inflation sank deutlich, getragen von harter Konsolidierung und dem Verzicht auf monetäre Budgetfinanzierung. Laut Prognosen des IWF wird das Wirtschaftswachstum Argentinien für das Jahr 2025 bereits auf 5,5% geschätzt. Vergleicht man dies mit der letzten IWF-Prognose vor seiner Wahl (April 2023), sind dies 3,5%-Punkte mehr, die der „Milei-Effekt“ ausmacht. Bemerkenswert ist zudem, dass Milei ohne parlamentarische Mehrheit zentrale Reformschritte umsetzen konnte. Ein möglicher Wahlsieg seines Bündnisses bei

den Zwischenwahlen im Oktober 2025 könnte ihm die politische Handlungsfreiheit geben, sein Programm noch konsequenter fortzuführen. Gelingt ihm der nachhaltige Erfolg, könnte Argentinien als Modell für andere Länder dienen und womöglich einen internationalen Reformimpuls auslösen.

Abbildung 6: Wirtschaftswachstumsprognosen Argentiniens vor Mileis Wahl (April 2023) und nach ca. 1 Jahr Amtszeit (April 2025) im Vergleich



International hat Milei sein Profil ebenfalls geschärft: Die Rede auf dem Weltwirtschaftsforum 2024, in der er Individualismus, Wettbewerb und Marktwirtschaft verteidigte und vor kollektivistischen Ideologien warnte, fand weltweit Beachtung. Zunehmend wird er als Vorbild marktwirtschaftlicher Reformpolitik wahrgenommen. Im Juni 2024 verlieh die Hayek-Gesellschaft ihm in Anerkennung seiner ambitionierten Wirtschaftspolitik die Hayek-Medaille.¹⁵

Für Deutschland ergeben sich aus der Entwicklung Argentiniens in den letzten Dekaden klare Warnsignale. Die hiesige „Strukturkrise“ ist gekennzeichnet durch wirtschaftliche Stagnation, den Verlust industrieller Arbeitsplätze und Wertschöpfung, Investitionsschwäche, hohe Steuerlast, überbordende Bürokratie, Deindustrialisierung, überhöhte Energiepreise, demografischen Druck und einen wachsenden Vertrauensverlust in marktwirtschaftliche Prinzipien angesichts zunehmender Staatsinterventionen und Subventionen. Der Fall Argentiniens mahnt, dass zögernde Politik und Reformaufschub die Probleme enorm verschärfen und die notwendigen Anpassungen später umso schmerzhafter machen. Eine Politik der Verschleppung, wie sie derzeit praktiziert wird, ist insofern besonders unsozial, da der erforderliche Anpassungsdruck vor allem auf der ökonomischen Unter- und Mittelschicht lastet, während sich finanziell Bessergestellte eher davon emanzipieren können, im Extremfall durch Verlagerung des Wohnsitzes.¹⁶

Eine deutsche Antwort müsste darum in einer entschlossenen ordnungspolitischen Wende bestehen:

- Vereinfachung des Steuersystems,
- entschlossener Bürokratieabbau,
- Rücknahme von Regulierung,
- Stärkung von Leistungsanreizen und Unternehmergeist.

Andernfalls droht nicht nur ein weiterer wirtschaftlicher Niedergang, sondern auch eine populistische Zuspitzung, wenn Reformstau und Vertrauensverlust anhalten. Angesichts wachsender staatlicher Eingriffe und Schulden könnte Deutschland sonst einem Pfad folgen, der demjenigen Argentiniens vor Milei in bedenklicher Weise ähnelt – mit allen damit verbundenen Risiken für Wirtschaftskraft und individuelle Freiheit.

-
- ¹ Vgl. Spitta, Arnold (1996): Die Industrialisierungspolitik in den vierziger Jahren aus der Sicht des „Economic Survey“, in: Detlef Nolte/Nikolaus Werz (Hrsg.): Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen, S. 41 f.
- ² Vgl. Riekenberg, Michael (2009): Kleine Geschichte Argentinien, S. 110 ff.
- ³ Vgl. Werz, Nikolaus (2012): Argentinien, Analyse politischer Systeme, S. 8 ff.
- ⁴ Murray Rothbard (1926–1995) war ein einflussreicher amerikanischer Ökonom, Sozialwissenschaftler und Vertreter des Anarchokapitalismus. Er war ein vehementer Kritiker des Staatsinterventionismus und setzte sich für eine absolut freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe ein, wobei er auch den Staat selbst als illegitim betrachtete. Rothbard war zudem ein prominenter Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und entwickelte die Theorie der Privatwirtschaft als alleinige Quelle für Sicherheit und Ordnung.
- ⁵ Das Parteienbündnis wurde 2021 unter anderem von der libertären *Partido Libertario*, der Milei selbst angehört, sowie die konservativen *Partido Demócrata* gebildet.
- ⁶ Vgl. „Nach den Vorwahlen in Argentinien: Javier Milei, Hassfigur und Hoffnungsträger zugleich“, Tagesspiegel vom 16.08.2023 und „Missmut gegen Milei: Rentner, Ärzte, Feministinnen starten Proteste gegen Kettensäge-Sparpolitik“, Frankfurter Rundschau vom 20.08.2025.
- ⁷ Vgl. „Soll Deutschland mehr Milei wagen? Das ist Javier Mileis Bilanz für Argentinien nach einem Jahr Politik mit der Kettensäge“, Business Insider vom 03.12.2024.
- ⁸ Die genaue Zahl der gestrichenen Stellen im öffentlichen Dienst Argentinien seit Mileis Amtsantritt schwankt, da nicht nur durch direkte Entlassungen, sondern auch durch Nicht-Nachbesetzungen von Stellen eine Reduktion angestrebt wird.
- ⁹ Vgl. „Argentinien neuer Präsident Milei halbiert Zahl der Ministerien“, Deutschlandfunk vom 11.12.2023.
- ¹⁰ Die Einsparung wurde berechnet unter der Annahme, dass eine Stelle im öffentlichen Dienst den deutschen Staat jährlich zwischen 55.000 und 60.000 EUR kostet.
- ¹¹ Vgl. „Milei will Steuern um 90% senken: Radikale Reformen in Argentinien“, Exxpress Economy vom 12.12.2024.
- ¹² Vgl. „Argentinien: Mileis Griff unter die Matratze“, Deutsche Welle vom 13.06.2025
- ¹³ Vgl. „Was ist RIGI und warum ist es Argentinien neuer Hoffnungsträger?“, Argentinisches Tageblatt vom 28.06.2024.
- ¹⁴ Vgl. Schnabl, Gunther/Kleinheyer, Marius (Flossbach von Storch Research Institute): Argentinien: Die Reformagenda von Javier Milei aus theoretischer und politischer Sicht, 03.06.2024.
- ¹⁵ Vgl. „Hayek-Medaille an Javier Milei“, Pressemitteilung der Friedrich August v. Hayek-Gesellschaft vom 22.02.2024.
- ¹⁶ Vgl. „Geht ‚um Leib und Leben‘: Wirtschaftsweise mit dringendem Appell an Regierung“ in Berliner Zeitung vom 30.07.2025.